

SITZUNG N° 6/2021 vom 1. Dezember 2021

Beginn: 8.15 Uhr

Anwesend :

C S V

WOLTER Michel, Bürgermeister
PIRROTTE Frank, Schöffe
STURM Richard, Schöffe
SCHOLLER Guy, Rat
BRUCH Jean-Marie, Rat
HAMES Joseph, Rat
SCHMIT Danielle, Rätin

L S A P

CRUCHTEN Yves, Rat
RUCKERT Arsène, Rat
DUPREL Mireille, Rätin
THIRY-DE BERNARDI Monique, Rätin
CIUCA Patrick, Rat

DÉI GRÉNG

SIEBENALER-THILL Josée-Anne, Schöffin
KIHN Anne, Rätin

D P

FUNCK Nico, Rat

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Schöffenrates

2. Kommunale Finanzen

- 2.1. Präsentation des rektifizierten Haushalts 2021 sowie der Haushaltsvorlage 2022.
- 2.2. Anpassung der Tarifverordnung bezüglich des Angebots „Essen auf Rädern“.

3. Verwaltungsangelegenheiten

- 3.1. Konvention im Rahmen des „*Pacte Logement 2.0*“.
- 3.2. Gemeindegemeinschaften – Ernennen eines Schriftführers für die kommunale Umweltkommission.

Mairie :
24, rue de l'Eau
L - 4920 Bascharage

Adresse postale :
B.P. 50
L - 4901 Bascharage

3.3. Ernennen eines Delegierten und eines stellvertretenden Delegierten der Gemeinde Käerjeng für den öffentlichen Transport.

4. Kommunale Raumplanung und Umwelt

4.1. Allgemeiner Bebauungsplan der Gemeinde Käerjeng – Punktuelle Abänderung im Rahmen des gesonderten Bebauungsprojektes „Am Leem“ in Niederkerschen.

4.2. Gutheißen des Aktionsprogramms des Syndikats SICONA für das Jahr 2022.

4.3. Antrag zur Parzellierung eines Grundstücks, „18, Séilenerkopp“, Küntzig.

4.4. Antrag zur Parzellierung eines Grundstücks, „42, rue du Dix Septembre“, Oberkerschen.

4.5. Antrag zur Parzellierung von Grundstücken im Rahmen des gesonderten Bebauungsprojektes „Cité Grand-Duc Jean“ in Oberkerschen.

4.6. Servitut während der Ausarbeitungsphase einer Abänderung des Allgemeinen Bebauungsplans für die Parzelle „312/950, section BD de Bommelscheuer“.

5. Projekte und Kostenvoranschläge

5.1. Instandsetzung einer Treppe im Umfeld der Weiher in Linger – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag.

6. Kommunaler Immobilienbestand

6.1. Notariatsakt – Grundstückstausch in Küntzig, „Rue de la Gare“.

6.2. Mietvertrag – Grundstück in Linger, „Rue de la Chiers“.

7. Personalangelegenheiten

7.1. Schaffen eines Arbeiterpostens für die Bedürfnisse des Kanalisationsdienstes.

7.2. Abänderung eines Vollzeitpostens in den Betreuungsstrukturen für die Bedürfnisse der integrativen Erziehung.

8. Verkehrsverordnungen

8.1. Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.

8.2. Bestätigung von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.

9. Fragen und Antworten

Nicht-öffentliche Sitzung

10. Rechtsangelegenheiten

10.1. Genehmigung eines Gerichtsprozesses gegen den gemischten Ausschuss der beruflichen Wiedereingliederung.

11. Personalangelegenheiten

11.1. Beförderung eines Beamten in der Gehaltsgruppe D1.

11.2. Verlängerung der provisorischen Dienstzeit eines Beamten in der Gehaltsgruppe

B1.

Öffentliche Sitzung

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Gemeinderat ist für die heutige Sitzung vollständig anwesend.

1. Mitteilungen des Schöffenrates

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Bekanntlich hat die Gemeinde Käerjeng vor Kurzem den Klimapakt 2.0 unterzeichnet. Im Rahmen dessen bildet sich das sogenannte „Klimateam“. Der Schöffenrat möchte der politischen Opposition die Möglichkeit geben, ein Mitglied für dieses Gremium zu entsenden. Wir sind der Ansicht, dass Umwelt- und Klimaschutz Themen sind, die man nicht parteipolitisch anpacken sollte, und würden uns freuen, wenn ein Gemeinderatsmitglied der Opposition zum Klimateam hinzustoßen würde.

2. Kommunale Finanzen

Punkt 2.1. Präsentation des rektifizierten Haushalts 2021 sowie der Haushaltsvorlage 2022.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Kernstück der heutigen Sitzung ist natürlich die Präsentation des Haushaltsentwurfs für das kommende Jahr. Dieser Akt ist stets ein spannender Augenblick, der es erlaubt, die kurz-, mittel- und langfristige Entwicklung der Gemeinde nachzuverfolgen. Das diesjährige Haushaltsprojekt macht keine Ausnahme, denn er vereint viele einzelne Elemente: die Kontinuität der Projekte, die im Gemeinderat diskutiert und gutgeheißen wurden, sowie eine Reihe von neuen Akzenten in Bereichen, in denen die Gemeinde in den kommenden Jahren aktiver werden wird. Zu letzteren zählen zweifelsfrei die Sozialpolitik und der Wohnungsbau.

Wie jedes Jahr werde ich den rektifizierten Haushalt des laufenden Jahres zusammen mit dem Haushaltsentwurf des kommenden Jahres vorstellen. Diese Vorgehensweise erscheint mir am kohärentesten. Zunächst jedoch möchte ich mich bei den Mitarbeitern der einzelnen

Dienststellen, sowie bei den Mitgliedern des Schöffenrates, bedanken für die Ausarbeitung der diesjährigen Haushaltsdokumente. Dies ist das erste Jahr, in dem der Haushaltsentwurf von unserer neu gegründeten Finanzabteilung unter der Leitung von Herrn Gilbert Haag aufgestellt wurde. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir versucht haben, in den Fußnoten des Dokuments möglichst viele Informationen einzufügen, die es dem Gemeinderat erlauben sollten, den Zusammenhang der einzelnen Haushaltsartikel besser nachzuvollziehen.

Bei Betrachtung der Finanzlage der Gemeinde stellt man fest, dass die Verwaltung mittlerweile einem mittelgroßen Unternehmen gleicht, denn wir generieren jährlich etwa 45 – 48 Millionen € an ordentlichen Einnahmen. Der ordentliche Überschuss von 8 – 10 Millionen € erlaubt es uns, weiterhin Politik im Sinne unserer Bürger zu machen. Auf der Seite der außerordentlichen Ausgaben werden wir in den kommenden zwei Jahren vor allem die großen Projekte spüren, die derzeit umgesetzt werden und deren Kostenpunkt sich im Haushalt des Jahres 2022 zeigt.

Die finanzielle Situation der Gemeinde ist durch die Covid-Pandemie komplizierter geworden. Ich habe die Schätzungen aus dem Vorjahr neu berechnet, auf Basis der im Laufe des Jahres gewonnenen Erkenntnisse. Laut dem diesjährigen ministeriellen Rundschreiben bezüglich der Haushaltsaufstellung können wir 2022, die Gewerbesteuer inbegriffen, mit staatlichen Zuwendungen in Höhe von 34,5 Millionen € rechnen. Dies sind nur rund 900.000 € mehr als wir für das Jahr 2019 erhalten haben. Für das Jahr 2020 wurden 35,6 Millionen € in Aussicht gestellt, doch dann kam das Coronavirus, und am Ende des Jahres waren es dann nur noch 31 Millionen, also 4,6 Millionen weniger als geplant. Unter der Hypothese, dass es die Covid-Pandemie nie gegeben hätte, fehlen uns in den Jahren 2020 bis 2022 rund 14,6 Millionen €. Vor einem Jahr war ich noch von einem Ausfall von knapp 19 Millionen ausgegangen. Die Lage ist nunmehr um 4,3 Millionen besser, und dennoch um 14,6 Millionen schlechter als wir vor zwei Jahren bei der Ausarbeitung der Großprojekte geplant hatten.

Hinzu kommt die Tatsache, dass wir, stets mit Gutheißem des Gemeinderates, in den vergangenen drei Jahren Immobilien im Wert von rund 14 Millionen € erworben haben. Diese Ausgaben sind zumeist nicht planbar, denn man kann Gelegenheiten nur dann ergreifen, wenn sie sich bieten. Die erworbenen Grundstücke und Gebäude stellen Investitionen dar,

die sich noch nicht in zwei oder drei Jahren, sondern erst in 10 oder 15 Jahren auszahlen werden. So haben wir in der „Rue de la Poste“ in Niederkerschen ein paar strategisch wichtige Gebäude gekauft, um die langfristige Entwicklung der Gemeinde, vor allem im Bereich des Wohnungsbaus, zu garantieren. Diese Investitionen waren gut und richtig, doch der Gesamtbetrag fehlt im Cashflow. So kommen wir auf ein Total von 28,6 Millionen €, die heute nicht zur Verfügung stehen. Mit diesem Umstand hatten wir zwar nicht gerechnet, doch wir stehen zu den getätigten Ausgaben, denn im Einverständnis der politischen Opposition haben wir in die Zukunft unserer Gemeinde investiert. All dies hat natürlich seine Auswirkungen auf die Haushalte der kommenden zwei Jahre.

Kommen wir zum geschätzten Handlungsspielraum der kommenden Jahre. Der Übertrag am Ende des Jahres 2021 steht bei 23 Millionen €, doch ich gehe davon aus, dass dieser Betrag bei den Abschlusskonten noch um 3 Millionen höher ausfallen wird. Rechnen wir noch den Reservefonds hinzu, verfügen wir über rund 27,5 Millionen €. Die restlichen Hilfgelder aus der Gemeindefusion sind im berichtigten Haushalt 2021 bereits mit eingerechnet. Wenn wir in den Jahren 2022 und 2023 nochmals je 9 Millionen € Überschuss erwirtschaften, kommen wir also auf einen Spielraum von 45,5 Millionen €, bevor wir in die Vorfinanzierung gehen müssen. Diesen Einnahmen stehen fest geplante Ausgaben in Höhe von rund 50 Millionen € gegenüber. Im Jahr 2022 haben wir 41,4 Millionen € bei den außerordentlichen Ausgaben vorgesehen, etwa 8,5 Millionen € sind für die laufenden Projekte bereits für das Jahr 2023 eingeplant, dies alles ohne Berücksichtigung der steigenden Rohstoffpreise. Da wir derzeit nicht ausmachen können, wie sich die Lage noch verändern wird, kann es sein, dass es im Endeffekt gar mehr als 50 Millionen € werden.

Wir kommen also nicht daran vorbei, zum ersten Mal seit vielen Jahren einen Ausgleichskredit von 3,5 Millionen € im Haushalt 2022 einzusetzen, wissend dass der tatsächlich benötigte Betrag für die Jahre 2023 und 2024 höher ausfallen wird, wenn wir eine neue Generation von Projekten starten möchten. Trotz der verschlechterten Wirtschaftslage sind die Projekte der laufenden Generation zum Großteil bereits finanziert, und ich gehe davon aus, dass wir den besagten Kredit im Jahr 2022 noch nicht benötigen werden. Wir werden die außerordentlichen Ausgaben von 41,4 Millionen € im kommenden Jahr nicht alle tätigen, doch da wir nicht wissen, wie schnell die einzelnen Projekte tatsächlich voranschreiten, und unter Berücksichtigung, dass wir bei drei Großprojekten mit hohen Beträgen rechnen müssen, möchte der Schöffenrat dafür sorgen, dass alle Projekte

unabhängig von der wirtschaftlichen Lage bestmöglich realisiert werden können. Ich verheimliche auch nicht, dass wir eine kleine Reserve mit eingeplant haben, um im Falle einer sich bietenden Gelegenheit zugreifen zu können, im Interesse der Zukunft unserer Gemeinde.

Die Verschuldung der Gemeinde sinkt unterdessen weiter. Ende 2021 liegt sie bei 4,4 Millionen €, was einer Prokopfverschuldung von 421 € entspricht. Am Jahresende 2022 wird sie noch bei 3,35 Millionen € betragen, oder 311 € pro Einwohner. Dies ermöglicht also ohne weiteres die Finanzierung von neuen Investitionen.

Die Bevölkerung unserer Gemeinde ist im vergangenen Jahr um 2,2% gewachsen, von 10.532 auf 10.765. Das Wachstum ist moderat, aber konstant, denn es befinden sich weiterhin so einige Siedlungsprojekte in der Umsetzung.

Nach dem eher makroökonomischen Ausblick möchte ich nun konkreter auf die Ausführung der Haushalte der Jahre 2021 und 2022 eingehen. Diese sind vor allem durch die Realisierung von drei Großprojekten gezeichnet:

- Der Bau einer neuen Vorschule mit Betreuungsstruktur in Niederkerschen mit einem Kostenvoranschlag von 21 Millionen €, den wir aber wohl aus vorhin erwähnten Gründen nicht werden halten können. Im Haushalt 2021 werden wir rund 5 Millionen € in dieses Projekt gesteckt haben, im nächsten Jahr sind gar 12 Millionen € vorgesehen, und nochmals 3 Millionen € im Jahr 2023. Der vorgesehene Zeitplan konnte bisher recht gut eingehalten werden, so dass mit der Fertigstellung im ersten Halbjahr 2023 zu rechnen ist, und mit Schulbeginn im September die Schulkinder einziehen können. Gleichzeitig wird auch die Kapazität unserer Betreuungsstrukturen erhöht.
- Die Neugestaltung der Küntziger Ortsmitte, die zum Teil schon etwas weiter fortgeschritten ist. Für rund 4,8 Millionen € haben wir ein Schulgebäude für die Früherziehungs- und Vorschulklassen gebaut und für 1,8 Millionen € einen Parkplatz angelegt. Zurzeit wird der neue Festsaal gebaut, ein Projekt, das mit 9 Millionen € veranschlagt wurde. Anschließend wird für 4,5 Millionen € das gesamte Umfeld neugestaltet, mit Schulhöfen, Spielplatz und Parkanlage. Insgesamt investieren wir 20 Millionen € in den Küntziger Dorfkern, 2 Millionen € in diesem Jahr und 8,7

Millionen € im nächsten Jahr. Für 2023 wird dann noch 1 Million € zu investieren bleiben und der neue Festsaal sollte dann seine Türen öffnen können.

- Die Neugestaltung des „*Boulevard Kennedy*“ wird uns etwa 10 Millionen € kosten. Zum Jahresende haben wir bereits rund 2 Millionen € investiert, 2022 werden 4,5 Millionen € fällig und in den darauffolgenden Jahren nochmals insgesamt 3,5 Millionen €. Die Straßenbauarbeiten haben später begonnen als geplant, doch derzeit schreiten sie besser voran als wir es befürchtet hatten.

Insgesamt verschlingen diese drei Projekte 51 Millionen €, davon 9 Millionen € in diesem Jahr, 25 Millionen € im Jahr 2022 und 8 Millionen € in den Jahren danach.

Nun komme ich zu den Projekten, die im laufenden Jahr abgeschlossen wurden. Neben dem Erwerb von diversen Immobilien für rund 2 Millionen € haben wir zwei Fußballfelder in Niederkerschen (1 Million €), die Küntziger Tennisfelder (900.000 €) und die Brücke im Ort „Am Stach“ (125.000 €) erneuert, und Renovierungsarbeiten an der alten Schule in Oberkerschen (100.000 €) verrichtet.

Projekte, die sich über mehrere Jahre erstrecken und derzeit noch nicht abgeschlossen sind, betreffen unter anderem Investitionen in die Kläranlagen (1,9 Millionen € in 2021 und 1,6 Millionen € in 2022). Betrachtet man die vergangenen Jahre, so stellt man fest, dass jedes Jahr im Durchschnitt rund 2 Millionen € aus dem von uns erwirtschafteten Überschuss in die Abwassersyndikate investiert werden. Das Projekt im Rahmen des „*Red Rock Trail*“, bei dem wir die alte Schule in Linger zu einer Herberge umbauen, wird voraussichtlich termingerecht fertiggestellt sein (1,1 Million €, 500.000 € staatliche Subsidien). Die Arbeiten am Parkplatz „Schuman“ in Niederkerschen (500.000 €) kommen gut voran und sollten problemlos im Mai 2022 beendet werden. Die Straßenbauarbeiten in den Oberkerschener Straßen „*Jean-Pierre Thiry*“, „*Nic. Roth*“ und „*Eugène Mouschand*“ (750.000 € in 2021 und 2,5 Millionen € in 2022) werden voraussichtlich Ende 2022 abgeschlossen. Die zweite Phase des Oberkerschener Parks „*Am Paesch*“ schlägt mit 850.000 € zu Buche und wird 2022 fertiggestellt. Zeitnah zum Abschluss kommen wird auch die zweite Phase der Neugestaltung des Pausenhofs „*Op Acker*“ (1,1 Millionen €).

Wir investieren also recht viel in unserer Gemeinde, und das ist auch gut so, denn es handelt sich stets um Investitionen im Interesse unserer Bürger, auch wenn manche Investitionen nicht so sichtbar sind, wie im Fall der Kläranlagen.

Eine neue Generation von Projekten wird also gleich in Planung gehen. Das erste erwähnenswerte Projekt ist der Bau eines neuen Rathauses. Im kommenden Jahr haben wir 750.000 € vorgesehen für die Planung und die temporäre Umsiedlung des Verwaltungspersonals. Ebenso haben wir 100.000 € eingesetzt für die Planungen an einer neuen Heimat für die Niederkerschener Harmonie, da der aktuelle Musiksaal einem neuen Rathaus weichen muss.

Es war ein großes Anliegen des Schöffenrates, die Gemeindeverwaltung auf die Herausforderung der Zukunft vorzubereiten. Dementsprechend haben wir im Laufe der letzten Jahre neue Dienststellen im administrativen und im technischen Bereich hinzugefügt. Nun sind wir bereit, im kommenden Jahr eine erste größere Investition im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zu tätigen. Für 3 Millionen € werden wir ein Mehrfamilienhaus mit vier Wohneinheiten im gesonderten Bebauungsprojekt „Am Leem“ erwerben. Nach Abzug der zugesagten Subsidien wird diese Transaktion die Gemeinde noch 750.000 € kosten. Anschließend wird die Herausforderung daraus bestehen, für den Unterhalt und die Verwaltung dieser Wohnungen zu sorgen. Parallel dazu werden wir eine Studie in Auftrag geben, um zu sehen, wie wir das alte Pfarrhaus in Oberkerschen als soziales Wohnprojekt umbauen können. Für die Übergangsunterbringung von Flüchtlingsfamilien sind wir derzeit auf der Suche nach geeigneten Immobilien, die wir zu diesem Zweck erwerben und gegebenenfalls umbauen können. Hier können wir von einer staatlichen Subventionierung von 90% ausgehen.

In der rezenten Vergangenheit haben wir viel für unsere Kinder investiert, in Schulgebäude, Betreuungsstrukturen, Pausenhöfe, Spielplätze und Parks. Mittlerweile ist die Gemeinde Käerjeng auf diesem Gebiet zu einer Referenz in der Region geworden. Ab nächstem Jahr möchten wir uns den jungen Menschen zwischen 12 und 25 Jahren widmen, indem wir provisorisch 1 Million € vorgesehen haben für ein Projekt, dessen Größenordnung noch nicht ganz feststeht. Beispielsweise steht ein neues Jugendhaus im Raum.

Für die Bedürfnisse unseren sehr aktiven Bouleclubs planen wir den Bau eines Boulodromes. Im Umfeld des Sportparks „Um Dribbel“ möchten wir dem Verein eine definitive Bleibe schaffen und haben dafür 80.000 € vorgesehen.

Unser Straßenbauprogramm sieht als nächstes die „Rue de l'Ecole“ in Küntzig vor. Das entsprechende Projekt, dessen Kostenpunkt wir auf 1,5 Millionen € schätzen, wird dem

Gemeinderat im kommenden Jahr in seinen Einzelheiten vorgestellt werden. Für den Fall, dass die Arbeiten bereits 2022 beginnen können, haben wir 500.000 € im Haushalt vorgesehen. Eine interne Studie läuft bereits, um festzustellen, welche Straße wir uns als nächste vornehmen, je nachdem wie der Zustand der unterirdischen Ver- und Entsorgungsnetze es verlangt.

Bei der Neugestaltung des Dorfkerns von Linger haben wir im Haushalt einige Änderungen vorgenommen. Der „Fonds du Logement“ möchte die zweite Phase des geplanten sozialen Bauvorhabens planen, wobei man bemerken muss, dass die erste Phase nach neun Jahren Stillstand immer noch nicht begonnen hat. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass wir dort Grundstücke erworben haben, wird sich die Ortschaft Linger in den kommenden 10 bis 15 Jahren stark verändern. Deshalb möchten wir Workshops mit den Einwohnern von Linger organisieren, um zusammen mit der Bevölkerung zu sehen, wie wir den Ortskern neugestalten sollen, weg von einem Durchfahrtsort hin zu einem Ort mit hoher Lebensqualität.

Auch in Fingig werden wir das Gespräch mit der Bevölkerung suchen. In Kürze werden wir den alten Hof der Familie Thorn im Zentrum der Ortschaft erwerben, was uns eine Reihe von Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung von Fingig geben wird.

Unser Problemfall ist zweifelsohne der „Bommertbësch“. Seit ein paar Jahren sind wir auf der Suche nach einer endgültigen Lösung. Wir zögern vor einer größeren Investition, da wir nicht sicher sind, dass sie sich längerfristig lohnt. Der „Bommertbësch“ ist ein Stück Geschichte unserer Gemeinde, doch der Eichenprozessionsspinner macht uns zu schaffen, und es ist nicht vorherzusehen, wie sich die Situation in den kommenden Jahren entwickeln wird. Zwar hoffen wir, die Angelegenheit in den Griff zu bekommen, doch falls es uns nicht gelingt, stehen wir vor einem ernsten Problem. Wir haben das Grundstück bereits im Gemeinderat neu einklassiert und ein Projekt in der Größenordnung von 1 - 1,5 Millionen € ausgearbeitet, jedoch ist die Ungewissheit derzeit noch zu groß. Die Notlösung, das „Bëschfest“ vor dem „Käerjenger Treff“ stattfinden zu lassen, stößt auf wenig Begeisterung seitens der Vereine und den Besuchern. Von daher haben wir uns auf einen Kompromiss geeinigt: wir werden drei mobile Foodtrucks anschaffen, einen Grill-, einen Ausschank- und einen Sanitärwagen, die wir polyvalent unseren Vereinen zur Verfügung stellen werden. Wir

werden diese Lösung testen und sind davon überzeugt, dass diese Anschaffung sich auszahlen wird.

Dies waren im Groben die Positionen des Haushaltsentwurfs, die ich hervorheben wollte. Wir sind auch weiterhin sehr aktiv in Sachen Umwelt, wo wir auch weiterhin die im Rahmen des Klimapakts uns zugestandenen Beträge wieder in ökologisch sinnvolle Projekte investieren. Wir sind dabei, eine Studie über den Zustand der Kanalisation in der „*Avenue de Luxembourg*“ zu machen, wissend dass die Erneuerung des Kanals seit 2005 verschoben wird unter dem Vorwand, dass die Umgehungsstraße gleich gebaut wird. Ebenso werden wir eine Studie über die NOx-Werte auf unseren Verkehrsachsen getätigt, obwohl wir uns bewusst sind, dass durch die Arbeiten am „*Boulevard Kennedy*“ der Verkehrsfluss durch Niederkerschen viel besser ist. Wir setzen ein Beschilderungssystem für alle Verkehrsteilnehmer um. Ebenso arbeiten wir an einem Fußgängerleitsystem, das wir auch außerorts auf die Spazierwege ausweiten wollen.

Das Altersheim sollte ursprünglich im Frühling 2023 seine Türen öffnen, doch die Covid-Pandemie hat die Arbeiten verzögert, so dass mit der Fertigstellung nun im Herbst 2023 zu rechnen ist. Die Flüchtlingsstruktur ist maximal ausgelastet, die Integration der Kinder in den Schulbetrieb läuft, und wir haben die Zivilbevölkerung dazu aufgerufen, uns bei der Eingliederung der Flüchtlinge in die Gesellschaft zu helfen.

Das Dossier „Rettungsdienst- und Polizeieinsatzzentrum“ ist und bleibt ein absolutes Trauerspiel. Man muss sich mittlerweile fragen, ob man hier, wie auch bei der Umgehungsstraße, als Gemeinde bewusst blockiert wird. Es ist mir absolut unverständlich, dass wieder ein Jahr vergangen ist, ohne dass man die notwendigen Grundstücke erworben hätte, obwohl der Preis ganz realistisch ist. Ich verheimliche nicht, dass wir mit dem Gedanken spielen, den Vertrag mit dem CGDIS nicht zu verlängern und den Staat somit aufzufordern, eine Lösung zu suchen. Wir brauchen den Standort der Feuerwehrkaserne für den Bau eines neuen Früherziehungsgebäude. Zwei Gemeinden sind sich einig, ihre Infrastrukturen an einem definierten Standort zusammenzulegen, die Grundstückseigentümer sind zum Verkauf bereit, doch es bewegt sich überhaupt nichts. Das Ganze kann man getrost als mittleren Skandal bezeichnen.

Die Finanzsituation ist nicht mehr ganz so gut, wie noch vor ein paar Jahren, doch im Kontext der Covid-Pandemie und der dadurch ausgelösten Wirtschaftskrise kann man sie dennoch

als solide bezeichnen. Die vom Gemeinderat gutgeheißenen Projekte sind fast vollständig finanziert. Die neue Generation der Projekte werden wir möglichst über den ordentlichen Überschuss der kommenden Jahre finanzieren, und falls nötig, über den Weg einer Fremdfinanzierung. Betrachtet man, was im vergangenen Jahrzehnt alles zum Wohl unserer Bürger ohne Fremdfinanzierung realisiert wurde, so wird es mir nicht bange um die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde.

Zu guter Letzt möchte ich noch erwähnen, dass wir als Gemeinde unserer sozialen Pflicht im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahmen gerecht werden. Derzeit beschäftigen wir 9 Personen auf unterschiedlichen Posten und unter unterschiedlichen Bedingungen. Wir bleiben eine mittelgroße Gemeinde mit einem recht schmalen Personalbestand. Umso mehr bin ich unserem Personal dankbar für die Zeit, die sie in die Ausbildung und die Weiterbildung dieser Personen investiert.

Ich schließe meine Präsentation ab und freue mich auf konstruktive Diskussionen in der Sitzung von kommendem Montag.

Punkt 2.2. Anpassung der Tarifverordnung bezüglich des Angebots „Essen auf Rädern“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die Firma SERVIOR hat uns mitgeteilt, dass sie uns ab dem 1. Januar 2022 11,06 € pro Mahlzeit verrechnen werden. Der Schöffenrat schlägt vor, dementsprechend den Tarif für das Essen auf Rädern zum 1.1.2022 anzupassen. Die Gemeinde trägt weiterhin die Transportkosten.

Einstimmiges Gutheißen.

3. Verwaltungsangelegenheiten

Punkt 3.1. Konvention im Rahmen des „Pacte Logement 2.0“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Die Gemeinde Käerjeng hat die erste Konvention im Rahmen des zweiten „*Pacte Logement*“ unterzeichnet. Wie bereits vorhin erwähnt, werden wir in den kommenden Jahren aktiver auf dem Gebiet des Wohnungsbaus. Bei der Wahl eines Wohnungsbauberaters haben wir uns für eine interne Lösung entschieden, dies in der Person unserer Architektin Carole Juttel, die über sehr gute Kenntnisse in Bezug auf unseren Allgemeinen Bebauungsplan und unsere Bautenverordnung verfügt.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Der „*Pacte Logement 2.0*“ verfolgt drei große Objekte: das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum für die sozial schwächer gestellten Familien, die Mobilisierung von leerstehendem Wohnraum und bebaubaren Grundstücken, und die Erhöhung der Lebensqualität im öffentlichen Raum durch den Bau von Infrastrukturen zur Förderung der Zusammengehörigkeit, der Integration und der sozialen Kohäsion.

Die initiale Konvention sieht vor, dass die Gemeinde sich für eine externe oder eine interne Lösung für den Wohnungsbauberater entscheiden muss. Ich habe mich dazu bereit erklärt, diese Aufgabe als interne Beraterin zu übernehmen.

In einer ersten Phase geht es nun um eine Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und der Objekte, die man als Gemeinde erreichen möchte. Die Gemeinde verpflichtet sich zur Ausarbeitung eines lokalen Aktionsplans, welcher vom Wohnungsbauministerium gutgeheißen werden muss, und der Staat gewährt dann finanzielle Hilfgelder bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Danke für die Erklärungen. Dies zeichnet den Beginn einer neuen Ära, in der sich die Gemeinde Käerjeng verstärkt im Bereich des bezahlbaren Wohnraums investieren wird. Die Zielsetzung des „*Pacte Logement 2.0*“ ist klar und wir haben vor, sie vollkommen zu unterstützen.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 3.2. Gemeindegemeinschaften – Ernennen eines Schriftführers für die kommunale Umweltkommission.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Nach der Kündigung von Herrn Jeff Künsch ist der Posten des Schriftführers in der kommunalen Umweltkommission neu zu besetzen. Der Schöffenrat schlägt vor, die Nachfolgerin von Herrn Künsch, Frau Tammy Huberty, zur Schriftführerin der besagten Kommission zu ernennen.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 3.3. Ernennen eines Delegierten und eines stellvertretenden Delegierten der Gemeinde Käerjeng für den öffentlichen Transport.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Im Rahmen des Zusammenschlusses von zwei staatlichen Verwaltungen wurden wir gebeten, einen Delegierten und einen Stellvertreter zu bestimmen. Der Staat möchte die Kommunikation mit den Gemeinden im Rahmen des öffentlichen Transports fördern. Der Schöffenrat schlägt den Schöffen Frank Pirrotte als Delegierten und die Schöffin Josée-Anne Siebenaler-Thill als seine Stellvertreterin vor.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Selbstverständlich werden wir diese Kandidaturen unterstützen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um unsere Delegierten auf bevorstehende Probleme im Rahmen der Reorganisation der Buslinien aufmerksam zu machen. Bei der letzten Reorganisation wurde die Endstation unserer Hauptverbindung in Richtung Luxemburg, der Buslinie 215, auf die „Stäreplaz“ verlegt, mit dem Resultat, dass viele Schüler des „Geesseknäppchen“ diese Buslinie nun nicht mehr nutzen können. Hier gibt es eine gute Nachricht, denn eine der neuen Linien, die künftig durch unsere Gemeinde fahren werden, wird den Schulcampus „Geesseknäppchen“ wieder anfahren. Das nächste Problem ist, dass eine der Linien durch Niederkerschen nicht mehr durch die „Rue de l'Eau“ fährt und somit eine zentrale Haltestelle in unserer Gemeinde, jene beim „Parking Schuman“, für diese Linie entfällt.

Schöffe Frank PIRROTTE (CSV): Die Linie 215 wird künftig ersetzt durch die Linien 711 und 712, mit Endstation am Bahnhof von Rodingen. Hinzu kommen Expresslinien mit einer anderen Streckenführung, die weniger Haltestellen anfahren. Diese Expresslinie fährt die Haltestelle „*Parking Schuman*“ nicht mehr an. Ich werde mich diesbezüglich noch genauer erkundigen und dem Gemeinderat berichten, welche Änderungen noch ab Frühjahr 2022 auf die Nutzer des öffentlichen Transports zukommen.

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Ich möchte hinzufügen, dass die Buslinie 330 von Petingen aus über die „*Avenue de Luxembourg*“ in Richtung Hauptstadt fährt und somit auch diese Haltestelle anfährt.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Das ist genau der springende Punkt. Wir sollten uns nicht damit zufriedengeben, dass nun eine andere Linie dort fährt, denn die Linie 215 fährt sehr oft, während andere Linien vielleicht weniger oft fahren.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Schöffenrat hatte seine Bedenken bereits schriftlich an das zuständige Amt gerichtet, doch wir können gerne ein weiteres Schreiben ans Ministerium verfassen, in dem wir betonen, welche Bedenken der Gemeinderat noch zum Ausdruck bringt.

Einstimmiges Gutheißen.

4. Kommunale Raumplanung und Umwelt

Punkt 4.1. Allgemeiner Bebauungsplan der Gemeinde Käerjeng – Punktuelle Abänderung im Rahmen des gesonderten Bebauungsprojektes „*Am Leem*“ in Niederkerschen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wir beschäftigen uns nun mit einer punktuellen Abänderung an dem gesonderten Bebauungsprojekt, in dem wir auch das vorhin erwähnte Mehrfamilienhaus erwerben werden. Es ist das erste Mal, dass wir mit einem Bauunternehmer über ein solche Transaktion verhandeln. Andere Gemeinden haben das kürzlich auch getan, wie in der geschriebenen Presse zu erfahren ist. Unsere Gemeinderatssitzungen scheinen die Pressevertreter nicht mehr anzuziehen, so dass wir zwar das Gleiche tun wie andere Gemeinden, doch man wird davon nichts in der Presse lesen.

Die punktuelle Abänderung hat damit allerdings nichts zu tun. Ich bitte Frau Juttel, uns die Einzelheiten zu erläutern.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Das gesonderte Bebauungsprojekt wurde im Jahr 2019 gutgeheißen, im Jahr 2020 kam es zu einer ersten punktuellen Abänderung. Die heutige Modifikation betrifft an sich nur die Vergrößerung eines Grundstücks, weshalb alle anderen Grundstücke etwas weniger Fläche haben werden. Diese Abänderung können wir so gutheißen.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 4.2. Gutheißen des Aktionsprogramms des Syndikats SICONA für das Jahr 2022.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Da ich vom Aktionsprogramm als Eigentümer eines Grundstücks selber betroffen bin, werde ich gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes weder an der Diskussion noch an der Abstimmung teilnehmen. Ich gebe deshalb für einen kurzen Augenblick die Leitung der Sitzung an die Schöffin Josée-Anne Siebenaler-Thill weiter.

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Ich möchte nun das Aktionsprogramm des SICONA für das Jahr 2022 vorstellen. Das Programm ist genau so ausgelegt wie in den letzten Jahren. Die Ausgaben der Gemeinde bleiben in etwa unverändert und schlagen mit 149.500 € zu Buche. Der Großteil der Ausgaben ist mit 87.000 € für den Heckenschnitt vorgesehen. Rund 37.000 € fließen in Informations- und Sensibilisierungskampagnen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um die Umweltnachmittage für unsere Schulkinder, die Aktion „Päiperléck“ und das Ersetzen einzelner Informationstafeln. Auch für Kartografie und Verwaltungspläne sind 22.000 € vorgesehen, sowie 5.000 € für das Weiterführen des Projektes „Natur genéissen“ in den Kantinen unserer Betreuungsstrukturen.

Da das Umweltministerium Projekte im Zusammenhang mit Biotopen direkt über den Umweltfonds subventioniert, liegt der tatsächlich in die Umwelt investierte Betrag in unserer Gemeinde viel höher, nämlich bei 578.615,52 €.

Neben dem Unterhalt von Biotopen werden im Jahr 2022 zwei weitere Obstgärten und ein Weiher angelegt. Auch Aktionen für bedrohte Vogelarten wie die Schleiereule, der Mauersegler und die Schwalben, werden unterstützt.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an das ansehnliche Projekt entlang des „Rouerwee“, das ich im letzten Jahr vorgestellt hatte, bei dem ein 45 Ar großer Tümpel geschaffen werden sollte, der Zugvögeln als Rastplatz dienen soll, sowohl auf ihrer Reise in den Süden als auch bei ihrer Rückkehr im Frühjahr. Der Rest der 2,65 Hektar großen Fläche soll wieder zu einer mageren, trockenen Mahdwiese hergestellt werden. Dieses Projekt soll nun im Jahr 2022 wirklich realisiert werden.

Wenn der Gemeinderat mit all diesen Projekten einverstanden ist, bitte ich um das Gutheißen des SICONA-Aktionsprogramms, so wie es bereits vom Schöffenrat unterzeichnet wurde.

Rat Arsène RUCKERT (LSAP): Wo genau soll dieser Weiher angelegt werden?

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Das Grundstück liegt in etwa gegenüber des „Boufferdang Mouer“, unweit der „Griechten“.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes nimmt Bürgermeister Michel Wolter nicht an der Abstimmung teil.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 4.3. Antrag zur Parzellierung eines Grundstücks, „18, Séilenerkopp“, Küntzig.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Der Parzellierungsantrag sieht vor, das Haus mit der Nummer 18 auf der „Séilenerkopp“ durch zwei Doppelhaushälften zu ersetzen, was laut unserem Allgemeinen Bebauungsplan möglich ist.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 4.4. Antrag zur Parzellierung eines Grundstücks, „42, rue du Dix Septembre“, Oberkerschen.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Hier soll ein Einfamilienhaus weichen, um den Bau von zwei Mehrfamilienhäusern mit jeweils drei Wohneinheiten zu ermöglichen. Auch diesem Antrag kann stattgegeben werden.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 4.5. Antrag zur Parzellierung von Grundstücken im Rahmen des gesonderten Bebauungsprojektes „Cité Grand-Duc Jean“ in Oberkerschen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Hier handelt es sich um die Einteilung der gesamten Bebauungsfläche im Siedlungsprojekt zwischen der „Rue de l'Eglise“ und der „Rue de la Gare“ in Oberkerschen.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Das gesonderte Bebauungsprojekt wurde vom Gemeinderat gutgeheißen. Die gesetzlichen Bestimmungen sehen vor, dass dem Gemeinderat die Unterteilung der Bebauungsfläche unterbreitet werden muss. Die Straßeninfrastruktur ist so weit fortgeschritten, dass eine Parzellierung vorgenommen werden kann. An zwei Orten gibt es noch Unstimmigkeiten mit benachbarten Grundstückseigentümern, so dass die Parzellierung noch nicht komplett vollzogen werden kann. Für den Teil, auf dem die Parzellierung vollzogen werden kann, ist alles konform zu unseren Regeln.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 4.6. Servitut während der Ausarbeitungsphase einer Abänderung des Allgemeinen Bebauungsplans für die Parzelle „312/950, section BD de Bommelscheuer“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dies ist ein unangenehmes Dossier. Der Staat hat kürzlich das 9,6 Hektar große Grundstück der ehemaligen Firma Delphi erworben, ohne im Vorfeld das Gespräch mit der Gemeinde zu suchen. Man muss wissen, dass bei der Gründung der nationalen Industriezone die Gemeinde Niederkerschen damals gegen Zahlung des symbolischen Franken 21 Hektar Land an „General Motors“ abgetreten hatte. Wir empfinden es als unrecht, dass der Staat nun dieses Grundstück erwirbt, wobei es die Gemeinde war, die die Ländereien zur Verfügung gestellt hatte. Leider können wir nun juristisch keine Ansprüche geltend machen. Wir sind an den Staat herangetreten, um darauf aufmerksam zu machen, dass der Standort der Ortseingang unserer Gemeinde darstellt und dieser über ein phantastisches Entwicklungspotenzial verfügt. Wir wollten erreichen, dass dieses Grundstück zumindest teilweise einer anderen Zuordnung zugewiesen wird und man den Standort urbanistisch besser gestalten könnte. Wir hätten es bevorzugt, wenn sich der

eine oder andere Betrieb dort niedergelassen hätte, der auch etwas für unsere Gewerbesteuer getan hätte. Der Staat ließ uns allerdings auflaufen. Nun möchte der Staat in anderes kleines Grundstück in der Industriezone von der Gemeinde erwerben, woraufhin wir vorgeschlagen haben, ein Tauschgeschäft zu vollziehen, das uns ein gleichwertiges Grundstück innerhalb der 9,6 Hektar zugesichert hätte, auf dem wir ein kommunales Projekt hätten verwirklichen können. Die Bedingungen waren allerdings lächerlich. Wir hätten uns am Abriss der bestehenden Infrastrukturen beteiligen sollen, was wir natürlich abgelehnt haben. Im Endeffekt konnte man sich also nicht einigen.

Nun haben wir von Plänen erfahren, die nicht mit der Gemeinde abgesprochen wurden und die eine neue Parzellierung des Grundstücks zum Ziel haben. Mehr als ein Drittel des Grundstücks soll der Firma Tontarelli ohne weitere Formalität zugewiesen werden und die gesamte Fläche soll weiterhin industriellem Nutzen dienen. Als Gemeinde haben wir unsere Missbilligung zu dieser Vorgehensweise mitgeteilt, was aber nichts genutzt hat.

Ein Antrag zum Abriss der Infrastrukturen im unteren Teil wurde nun gestellt. Nach dem Abriss kann eine Parzellierung beantragt werden, die der Gemeinderat gutheißen muss, insofern sie regelkonform ist. Der letzte Hebel, der uns bleibt, ist, dem Abriss der Infrastrukturen nicht zuzustimmen, und so den Staat an den Verhandlungstisch zu zwingen. Wir sind der Ansicht, dass wir über die zukünftige Entwicklung dieses Standortes ein Wörtchen mitzureden haben. Leider ist dies die einzige Möglichkeit, die uns zur Wehr bleibt.

Frau Carole JUTTEL (Gemeindearchitektin): Der Antrag sieht den Abriss der einzelnen Pavillons rund um das Hauptgebäude vor. Die Firma Tontarelli soll über mehr Lagerraum verfügen. Das Hauptgebäude der früheren Firma Delphi soll abgerissen werden und durch ein Gebäude mit etwa 95 Meter Front ersetzt werden. Laut den Bestimmungen unseres Allgemeinen Bebauungsplans ist dies stückchenweise möglich. Wir haben nun laut den Bestimmungen des Gesetzes über die kommunale Raumplanung die Möglichkeit, ein Servitut über das Grundstück zu legen und eine Studie über die Entwicklung des Allgemeinen Bebauungsplans auf diesem Standort in Auftrag zu geben. Während dieser Studie darf dann nichts auf dem besagten Grundstück unternommen werden.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dies mag nun etwas überraschend für die politische Opposition sein. Deshalb schlage ich vor, die Diskussion zu diesem Punkt auf die nächste Sitzung zu vertagen. Der Staat möchte in einem fundamentalen Teil der Entwicklung unserer Gemeinde und ohne Gespräch mit der Gemeindeführung vollendete Tatsachen schaffen, indem man uns ein fast 100 Meter breites Gebäude in die Ortseinfahrt stellt und somit die Optik unserer Gemeinde auf inakzeptable Weise verunstaltet. Außerdem vergrößert man die nationale Industriezone, wobei wir der Meinung sind, dass zumindest ein Teil des Grundstücks einer anderen Zuwendung zugewiesen werden sollte. Ein beträchtlicher Teil des Grundstücks soll einem Betrieb zugutekommen, der seit seiner Niederlassung in unserer Gemeinde noch keine Betriebssteuer gezahlt hat. Meiner Meinung nach entspricht dies keinesfalls dem, was unsere Gemeinde benötigt. Wenn wir das einfach so hinnehmen, lassen wir uns die Chance nehmen, hier neue Wege einzuschlagen. Dessen muss sich jedes Mitglied des Gemeinderates bewusst sein.

Wir wollen nicht einfach alles blockieren, wir möchten den Staat dazu auffordern, mit uns zu diskutieren.

Einstimmig wird der Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung von kommendem Montag verschoben.

5. Projekte und Kostenvorschläge

Punkt 5.1. Instandsetzung einer Treppe im Umfeld der Weiher in Linger – Gutheißen des Projektes mit Kostenvorschlag.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Kommen wir nun zu einem Projekt auf dem Gebiet der Gemeinde Petingen. Es geht um die seit Jahren viel diskutierte Treppe, die den Rad- und Wanderweg entlang der Linger Weiher mit dem nationalen Radweg, der über die A13 führt, verbindet. Eigentümer ist der Staat. Seit Jahren befindet sich die Treppe in einem desolaten Zustand und wartet darauf, instandgesetzt zu werden.

Wir haben den Staat nun nochmals aufgefordert, die Treppe zu reparieren. Nach einer Ortsbesichtigung mit dem Direktor der Straßenbauverwaltung hat man sich nun dazu bereit erklärt, die Instandsetzungsarbeiten mit einem Kostenvoranschlag in Höhe von 46.922,85 € durchzuführen, unter der Bedingung, dass die Kosten zu je einem Drittel vom Staat und den Gemeinden Petingen und Käerjeng getragen werden. Ich habe somit die große Freude, dem Gemeinderat vorzuschlagen, dass die Gemeinde Käerjeng eine Investition in Höhe von 15.640,95 € auf dem Gebiet der Gemeinde Petingen tätigt, um sich an der Instandsetzung einer Treppe zu beteiligen die dem Staat gehört.

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): Die Hauptsache ist, dass dieser Weg nun wiederinstandgesetzt wird. Es wurde lange genug darüber diskutiert. Dass man über solche Beträge wirklich mit der Straßenbauverwaltung verhandeln muss, erzeugt bei mir nur Kopfschütteln. Ich möchte erinnern, dass dieser Weg seiner Zeit vom Regiebetrieb der Gemeinde Niederkerschen angelegt wurde. Bereits damals haben wir also auf fremdem Gebiet investiert.

Rätin Anne KIHN (déi gréng): Ich möchte nicht über das Ganze diskutieren, denn ich bin die Erste, die von der Instandsetzung wieder profitieren wird. Der vorliegende Kostenvoranschlag betrifft nur die Instandsetzung der bereits bestehenden Infrastruktur. Ich kann mich erinnern, dass zu einem gewissen Zeitpunkt darüber nachgedacht wurde, auch einen Radweg anzulegen. Wird dies nun eventuell zeitgleich verwirklicht?

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Es war stets unser Anliegen, die beiden Radwege dort miteinander zu verbinden. Hier geht es nun lediglich um die Treppe. Ich muss auch sagen, dass unsere Bereitschaft zur Mitfinanzierung sich auf die Instandsetzung der Treppe beschränkt. Die Verbindung von zwei nationalen Radwegen ist nun aber wirklich die Verantwortung der Straßenbauverwaltung.

Einstimmiges Gutheißen.

6. Kommunalen Immobilienbestand

Punkt 6.1. Notariatsakt – Grundstückstausch in Küntzig, „Rue de la Gare“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Bei der Hausnummer 32 in der Küntziger „Rue de la Gare“ tauschen wir mit den Eigentümern, den Eheleuten Martins Da Silva-Rodrigues De Sousa zwei Parzellenteile von jeweils 0,05 Ar. Da es sich bei einem um ein Stück Bürgersteig und bei dem anderen um bebaubares Grundstück handelt, gelten zwei unterschiedliche Preise, so dass die Familie Martins der Gemeinde einen Ausgleichsbetrag von 1.225 € zahlt.

Einstimmiger Beschluss.

Punkt 6.2. Mietvertrag – Grundstück in Linger, „Rue de la Chiers“.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): In Linger möchte die Gesellschaft „GB Equilution S.à r.l.“ zwei Parzellen mit einer Gesamtfläche von 38,20 Ar in der „Rue de la Chiers“ mieten. Die Jahresmiete beträgt 57,30 €, für 2021 sind 19,10 € fällig.

Einstimmiger Beschluss.

7. Personalangelegenheiten

Punkt 7.1. Schaffen eines Arbeiterpostens für die Bedürfnisse des Kanalisationsdienstes.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Da wir über eine Person mit einer gewissen Erfahrung im Bereich der Kanalisation verfügen und die Gemeinde mit steigenden Anforderungen in eben diesem Bereich konfrontiert ist, möchten wir dementsprechend einen Kanalisationsdienst schaffen und diesen mit einem Arbeiterposten ausstatten. Somit könnte die besagte Person, die derzeit noch in der Gärtnerei beschäftigt ist, sich hauptamtlich um unser Kanalnetz kümmern. Der Posten in der Gärtnerei wird dann wieder ausgeschrieben.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 7.2. Abänderung eines Vollzeitpostens in den Betreuungsstrukturen für die Bedürfnisse der integrativen Erziehung.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): In der Maison Relais schlagen wir dem Gemeinderat vor, den Posten einer Erzieherin von derzeit 30 Stunden pro Woche auf einen Vollzeitposten zu erhöhen. Es handelt sich um den Posten, der für Kinder mit besonderen Bedürfnissen geschaffen wurde. Die Anzahl dieser Kinder steigt und wir möchten die Person, die diesen Posten zurzeit bekleidet, auch weiterhin beschäftigen.

Einstimmiges Gutheißen.

8. Verkehrsverordnungen

Punkt 8.1. Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Dem Gemeinderat liegen heute drei zeitlich begrenzte Verkehrsverordnungen vor, die es gutzuheißen gilt.

Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 8.2. Bestätigung von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Gemeinderat ist dazu aufgerufen, 12 Verkehrsverordnungen zu bestätigen, die in den vergangenen Monaten aus Dringlichkeitsgründen vom Schöffenrat beschlossen wurden.

Einstimmiges Gutheißen.

9. Fragen und Antworten

Rat Yves CRUCHTEN (LSAP): In vielen Gemeinden wurde die Rentnerfeier bereits abgesagt wegen der anhaltenden Corona-Pandemie. Wir sind uns bewusst, dass es gesetzlich möglich ist, eine Rentnerfeier unter gewissen Einschränkungen zu organisieren. Die Inzidenzen steigen wieder an, und bei den Besuchern der Rentnerfeier handelt es sich teils um schutzbedürftige Bürger. Ich möchte jetzt keine Polemik betreiben, doch ich möchte den Schöffenrat fragen, wie er dazu steht.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Der Schöffenrat hat sich einschlägig mit dieser Frage auseinandergesetzt und ist zum Schluss gelangt, dass wir alle geplanten Veranstaltungen organisieren, die vom Gesetz her möglich sind und uns dabei strikt an die Regeln halten, die gesetzlich definiert wurden. 100 Bürger haben sich für die Feierlichkeiten in Küntzig angemeldet und etwa 290 für jene im „Käerjenger Treff“. Natürlich werden wir die Besucher daran erinnern, dass vor und nach dem Essen das Tragen einer Maske anzuraten ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Schöffenrat der Ansicht, dass man keine Festivitäten absagen sollte, die unter den gegebenen Bedingungen stattfinden kann. Dies gilt im Übrigen auch für den Weihnachtsmarkt.

Rat Patrick CIUCA (LSAP): Zunächst einmal möchte ich mich bedanken für den Geschwindigkeitsanzeiger entlang der Straße, die von der Industriezone in Richtung der Handwerkszone „Op Zaemer“ führt. Ich konnte bereits feststellen, dass er seine Wirkung hat, denn die Verkehrsteilnehmer passen ihre Geschwindigkeit nun öfter an. Jener, der in entgegengesetzter Richtung steht, ist allerdings bereits seit drei Wochen außer Funktion, und auch der gewählte Standort ist nicht optimal.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Ich werde diese Anmerkung an unsere zuständigen Dienste weiterleiten.

Rat Patrick CIUCA (LSAP): Der Fußgängerüberweg in der „Rue de la Continentale“ ist nicht sehr gut beleuchtet. Hier würde es sich empfehlen, eine zusätzliche Straßenbeleuchtung anzubringen, zumindest für die Dauer der Straßenbauarbeiten.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Auch diese Anmerkung werde ich mit unseren technischen Mitarbeitern besprechen.

Rat Nico FUNCK (DP): Man hat mir berichtet, dass in der Küntziger „Rue de la Montagne“ ein Gefahrenpunkt besteht. Wenn die Vorschulkinder mit dem „Pedibus“ kommen, müssen die Begleiter sich in die Straße stellen, damit die Verkehrsteilnehmer die Kinder vorbeilassen. Es handelt sich zwar um eine Tempo-30-Zone, doch das scheint nicht jeden zu interessieren. Man sollte sich die Sache vor Ort anschauen.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wir werden uns der Angelegenheit annehmen. Ich muss allerdings zu bedenken geben, dass wir im Rahmen einer Verkehrsverordnung gewisse Regeln festlegen können, doch wenn die Verkehrsteilnehmer sich nicht daran halten, dann sind uns am Ende die Hände gebunden. Welche Alternative würden Sie vorschlagen?

Rat Nico FUNCK (DP): Man sollte einen Zebrastreifen einzeichnen und mit Schildern darauf hinweisen, dass man sich einer Schule nähert.

Schöffin Josée-Anne SIEBENALER-THILL (déi gréng): Ich bin etwas verwundert über diese Nachricht, denn bisher hat keine der Begleitpersonen uns über diese Problematik in Kenntnis gesetzt. Der „*Pedibus*“-Dienst betreut in etwa 30 Kinder, die allesamt Schutzvesten tragen und von daher doch recht schwer zu übersehen sind. In einer Tempo-30-Zone ist das Überqueren der Straße immer erlaubt, von daher werden dort im Prinzip keine Zebrastreifen eingezeichnet.

Rat Arsène RUCKERT (LSAP): Ich kenne diesen Ort und kann bestätigen, dass es manchmal zu Gefahrensituationen kommen kann, insbesondere wenn Busse und Traktoren wegen der engen Fahrbahn auf den Bürgersteig ausweichen müssen. Vielleicht könnten digitale Anzeigen eine sensibilisierende Wirkung haben.

Bürgermeister Michel WOLTER (CSV): Wir haben in den letzten Jahren viel investiert in Beschilderung und Warnmarkierungen. Wir geben uns wirklich Mühe, doch wir können nicht in jeder Tempo-30-Straße blinkende Anzeigen aufstellen. Davon abgesehen müssen wir auch gewisse Regeln einhalten und können nicht einfach einzeichnen und beschildern, soviel wir wollen.

Rätin Anne KIHN (déi gréng): Die letzte Sitzung des Gemeinderates wurde in Bild und Ton aufgezeichnet, damit die Bürger sich über die Diskussion bezüglich der Überschwemmungen im diesjährigen Sommer informieren konnten. Wurde das Video der Sitzung inzwischen auf der Internetseite der Gemeinde veröffentlicht?

Herr Jean-Marie PANDOLFI (stellvertretender Gemeindesekretär): Das Video ist derzeit noch in Bearbeitung.

Nicht-öffentliche Sitzung

10. Rechtsangelegenheiten

Punkt 10.1. Genehmigung eines Gerichtsprozesses gegen den gemischten Ausschuss der beruflichen Wiedereingliederung.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt der Tagesordnung unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

11. Personalangelegenheiten

Punkt 11.1. Beförderung eines Beamten in der Gehaltsgruppe D1.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt der Tagesordnung unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Punkt 11.2. Verlängerung der provisorischen Dienstzeit eines Beamten in der Gehaltsgruppe

B1.

Gemäß den Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt der Tagesordnung unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Ende der Sitzung: 10.30 Uhr